

bois et tout particulièrement dans les écoles qui font de la recherche forestière.

Bundesrat Egli: Ich habe vorab Verständnis für Äusserungen, wie sie von Herrn Cavadini vorgebracht worden sind, teilweise auch von Herrn Euler. Das Parlament fühlt sich begreiflicherweise in einer etwas unkomfortablen Lage, wenn es dazu aufgerufen wird, zu Krediten Stellung zu nehmen, die schon in Anspruch genommen worden sind. Ich muss Ihnen aber sagen, dass sich auch der Bundesrat und insbesondere mein Departement in einer unkomfortablen Lage befinden, wenn diese Begehren wegen Sachzwängen an uns herangetragen werden. In vielen Fällen können wir nicht anders handeln, als dringliche Kredite anzubegehren, damit Kosten eingespart werden können. Auch hier war das in allen drei Fällen durchaus angebracht. Darf ich zu den einzelnen Projekten und Positionen noch kurz Stellung nehmen?

Die Sonderbotschaft wurde hauptsächlich veranlasst durch das Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen. Ich betone, dass es sich ausdrücklich um Abfälle handelt, die nur aus Forschung, Medizin und Industrie herrühren. Ich weiss nicht, Herr Steffen, ob Sie sich hier irren. Wir haben uns ausdrücklich auch in der Botschaft darüber geäussert. Die Atomkraftwerke sind verpflichtet, ihre eigenen Abfälle, insbesondere die leicht- und mittelradioaktiven Abfälle, selbst zu versorgen, wobei das EIR gemäss Botschaft (211.1) die brennbaren Abfälle übernimmt, konditioniert und den Kernkraftwerken wieder zurücker gibt.

Herr Weder, ein allfälliges künftiges Lager in Würenlingen für hochradioaktive Abfälle steht heute nicht zur Diskussion. Ich wäre auch nicht kompetent, darüber zu sprechen. Für diese Frage ist das EVED zuständig.

Ich glaube auch, dass wir uns heute darüber nicht unterhalten wollen, sondern wir wollen über die Kredite sprechen, die für die Zwischenlagerung der leicht- und mittelradioaktiven Abfälle notwendig sind.

Ich darf Ihnen versichern, Herr Euler, dass keine vermehrte Strahlung nach aussen zu befürchten ist. Die Anlage und die Pläne wurden geprüft von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen des Bundesamtes für Energiewirtschaft. Das wäre zu Würenlingen zu sagen.

Die Wärmepumpenanlagen zur ETH in Zürich: Ich danke Ihnen, dass Sie uns dafür teilweise Lob spenden. Es ist tatsächlich so, dass wir damit nicht nur Energie sparen, sondern wir können vor allem auch Heizöl, d.h. Schweröl, ersetzen. Herr Euler, Sie haben sich darüber beklagt, dass diese Anlagen zeitweise mit Schweröl betrieben wurden. Das stimmt. Als ich erstmals davon erfuhr, habe ich veranlasst, dass die Anlage provisorisch auf Heizöl Extra leicht umgestellt wurde. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass diese Umstellung rund 800 000 Franken im Jahr gekostet hat. Was die Kostenersparnis anbelangt, dürfen wir bemerken, dass die Anlage durch diese Einsparungen bereits in sechs bis sieben Jahren amortisiert sein wird.

Das aufgestockte Gebäude in Birmensdorf hat auch Anlass zu Bemerkungen gegeben. Herr Steffen, ich unterstütze Ihren Aufruf zu einem Umdenken, den Sie hier lanciert haben, durchaus. Aber wir wiederholen ja jetzt nicht die Walddebatte, sondern wir müssen uns mit diesem Stockwerk in Birmensdorf befassen. Ich hoffe nur, dass Ihr Aufruf, der wahrscheinlich zum Tag des Umweltschutzes gedacht ist, nicht ungehört verhallt!

Herr Candaux, Sie haben die Frage aufgeworfen, weshalb wir in Birmensdorf nicht in vermehrtem Masse Holz anstatt Beton verwendet haben. Wie ich mich soeben erkundigt habe, war es der Statik wegen nötig, die Bodenkonstruktionen in Beton auszuführen. Hingegen sind die Decken selbst in Holz ausgeführt worden, und wir haben auch sonst darauf geachtet, dass bei dieser Versuchsanstalt in Birmensdorf viel Holz verwendet worden ist.

Eigentlich sind alle drei Vorhaben irgendwie dem Umweltschutz dienlich:

1. Die Entsorgungsanlage in Würenlingen sorgt dafür, dass verseuchte, mittel- und schwachradioaktive Abfälle sicher versorgt werden.

2. Die Anlage der ETH in Zürich dient ebenfalls dem Umweltschutz mit Sparen von Energie und Ersetzen von Öl.

3. Irgendwie steht natürlich auch die Anlage in Birmensdorf im Dienste des Umweltschutzes, denn es geht hier darum, das Personal unterzubringen, welches zur Forschung im Bereich Waldsterben angestellt wurde und heute zu teuren Mieten untergebracht ist.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und unseren Anträgen zu entsprechen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1 à 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 107 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

85.374

Postulat Müller-Bachs

ETH. Umstrukturierung – EPF. Restructuration

Wortlaut des Postulates vom 13. März 1985

Der Bundesrat wird ersucht, die Eidgenössische Technische Hochschule durch eine entsprechende Umstrukturierung in den Stand zu setzen, im Bereiche der angewandten Forschung den heutigen komplexen Problemstellungen, bedingt durch die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, gerecht zu werden.

Texte du postulat du 13 mars 1985

Le Conseil fédéral est invité à pourvoir à une restructuration des Ecoles polytechniques fédérales qui permette à celles-ci de faire face, dans le secteur de la recherche appliquée, aux problèmes complexes qui découlent de l'interdépendance des intérêts économiques et des préoccupations écologiques.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Brélaz, Bundi, Dünki, Euler, Günter, Jaeger, Longet, Maeder-Appenzell, Morf, Nauer, Nebiker, Oester, Rebeaud, Renschler, Robert, Seiler, Stappung, Uchtenhagen, Wick (22)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Zweckbestimmung unserer Hochschulen lässt sich mit Lehre und Forschung umschreiben. Unter dem Oberbegriff Forschung sind Grundlagenforschung und angewandte Forschung zusammengefasst. Von angewandter Forschung spricht man dann, wenn sie sich auf eine existente Problematik bezieht. Mit Rücksicht auf die Gesellschaft, die das

Hochschulwesen hervorbringt und trägt, ist die angewandte Forschung somit auf vordringliche Problemstellungen oder Bedrohungen auszurichten. Die fortschreitende Verarmung der Natur und eine Reihe von Umweltkatastrophen sind zwar bezüglich der unmittelbaren Ursachen mit einfachen Kausalzusammenhängen zu erklären; zugleich aber sind sie Teilaspekte eines äusserst komplexen soziologischen, ökonomischen und ökologischen Netzwerkes. Unsere Hochschulen haben es nicht nur unterlassen, diese Analysen vorzunehmen und die Zusammenhänge aufzudecken, sondern behinderten aktiv Anstrengungen in diesem Sinne. Schwerwiegende Schäden wären ausgeblieben, wenn die Hochschulen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft ausreichend wahrgenommen hätten. Die Aufgaben der Hochschulen bezüglich Lehre und angewandter Forschung sind neu zu definieren und die Strukturen derart umzugestalten, dass den Anforderungen der Gegenwart Rechnung getragen werden kann. Auf Bundesebene betrifft dies die ETH.

Als Modellbeispiel kann die Problematik rund um den Klärschlamm herangezogen werden: Recycling von wertvollen Stoffen, vom Düngemittel über Pflanzen zum Tier bzw. Menschen und zurück zum Düngemittel, mit allen ökonomischen und ökologischen Aspekten wie Rückhaltevermögen in den landwirtschaftlichen Böden, Gewässerschutz, Krankheitsübertragung, Landesversorgung in Zeiten gestörter Zufuhr usw.

Mit dieser Fokussierung auf die angewandte Forschung soll die Bedeutung der Grundlagenforschung nicht herabgemindert werden.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 3. Juni 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 3 juin 1985

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, distanziert sich aber von den Vorwürfen gegen die Hochschulen.

Präsident: Das Postulat wird von Herrn Cavadini bekämpft.

M. Cavadini: Le postulat de M. Müller-Bachs est, pour le groupe libéral, l'objet d'une réflexion étonnée non pas tant dans l'objectif qui, pour être utopique, n'en demeure pas moins exprimable, que dans la réponse du Conseil fédéral qui se déclare prêt à l'accepter. Nous disons notre préoccupation de voir le gouvernement accepter un nombre croissant de propositions dont il doit savoir qu'il ne saura que faire. Est-ce le désir de ne fâcher personne, est-ce la certitude qu'il n'aura pas à tenir compte de la demande, est-ce enfin la volonté d'examiner plus tard le réel contenu des textes? Nous l'ignorons. Nous rappelons pourtant que le règlement du Conseil national précise que le postulat charge le Conseil fédéral «de déterminer si un projet de loi ou d'arrêté doit être présenté ou si une mesure doit être prise».

La proposition de M. Müller-Bachs n'appelle, à l'évidence, aucune réponse de type législatif. Elle est irréaliste et même dangereuse. A l'exemple de l'enfer, elle est pavée de bonnes intentions, elle est nourrie d'écologie, elle est gavée du souci de l'environnement. Mais elle souffre d'un mal irrémédiable: elle est inapplicable. Nous retrouvons ici la tentation pernicieuse du pouvoir politique de domestiquer la recherche scientifique alors que celle-ci est vive de sa propre dynamique et du jeu de la demande et du besoin. Dans le cas particulier, les phénomènes de l'environnement sont multiples, les uns sont de nature économique, les autres de caractère scientifique, voire social ou financier. Ces phénomènes sont en tout cas étrangers à la structure des écoles, à l'organisation des cours, à la définition structurelle des crédits.

Il faut aussi admettre une régulation et une orientation de la recherche appliquée par la pression des circonstances et des besoins. Le postulat ne demande rien moins qu'une restructuration des Ecoles polytechniques fédérales pour répondre au défi de la dégradation de l'environnement dont on nous dit, par ailleurs – nous citons le développement du

postulat – «que ces phénomènes font également partie d'un enchevêtrement extraordinairement complexe de facteurs sociologiques, économiques et écologiques». Voilà sur quoi on souhaite articuler la restructuration des Ecoles polytechniques fédérales. Nous tenons pour certain que le résultat des travaux de réflexion que conduira le Conseil fédéral sera plus proche de la «machine à Tinguely» que de la sérénité lucide qui doit présider à l'établissement d'un programme. Nous vous demandons de repousser le postulat.

Müller-Bachs: Ich möchte meinen Überlegungen ein Zitat von Sir Julian Huxley voranstellen: «Der Mensch ist das Produkt einer fast drei Milliarden Jahre langen Entwicklung. In ihm ist sich der Prozess seiner selbst und seiner Möglichkeiten bewusst geworden. Ob er will oder nicht, er ist verantwortlich für die weitere Entwicklung unseres Planeten.»

Wir alle sind mitverantwortlich. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, nehmen wir eine Aufgabenteilung vor. Wir sind eine arbeitsteilige Gesellschaft. Ökologie fällt in den Bereich der Naturwissenschaften, und ökologische Entgleisungen fallen unter die Verantwortung der Naturwissenschaftler. Nehmen wir ein Beispiel aus der Wirtschaft: Wir kämpfen für eine möglichst freie Marktwirtschaft und übernehmen zugleich die Verantwortung für das Gedeihen dieser Wirtschaft. Wenn ein Wirtschaftsführer sein Unternehmen in den Konkurs führt, wird er zur Rechenschaft gezogen. Wir geben unseren Hochschulen nicht nur Mittel, sondern wir geben ihnen auch Freiheit in Lehre und Forschung. Mit dieser Freiheit übergeben wir ihnen auch die Verantwortung für den wissenschaftlichen Bereich. Nun stehen wir vor einem ökologischen Konkurs. Es hätte gar nicht so weit kommen dürfen mit unseren Böden, mit dem Wasser, mit der Luft, mit unserer Pflanzen- und Tierwelt!

Ich arbeite seit 25 Jahren an der Universität Zürich und weiss, wie schwer jene zu kämpfen haben, welche sich gegen das Fachidiotentum wenden, sich einsetzen für Anliegen, wie sie etwa vom Club of Rome oder im Bericht «Global 2000» vorgeschlagen werden – und das heute noch, wo sich doch ganz ernste Katastrophen abzeichnen. Weder in der Wirtschaft noch in der Armee geht man stillschweigend über Katastrophen hinweg. Man untersucht sie, man zieht Lehren daraus, man trifft Massnahmen.

Das muss auch für den wissenschaftlichen Bereich gelten. Die ETH bzw. die Naturwissenschaftler sind uns Rechenschaft schuldig. Es braucht so etwas wie eine Lagebesprechung: Was wollen wir vorkehren, damit uns die Zeit nicht davonläuft? Wir brauchen zwischen Ökonomie und Ökologie keinen Unterschied mehr zu machen. Ökonomie ist Ökologie, und umgekehrt, auf lange Sicht gesehen. Wollen Sie mich nicht missverstehen, wenn ich das sage – Herr Mühlemann schüttelt den Kopf –: langfristig gesehen. Es braucht in allem, was wir tun, eine kurz-, eine mittel- und langfristige Planung. Die Wirtschaft kommt ohne die langfristige Planung auch nicht aus. Diese Planung übertragen wir unseren Fixbesoldeten, und wir müssen uns auf sie verlassen können. Deshalb habe ich nicht konkrete Vorschläge machen können. Dazu muss die ETH selbst auch noch Stellung nehmen. Es geht nur darum, dass wir einen Lagebericht verfassen und reagieren.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Vorschlag zuzustimmen.

Bundesrat Egli: Ich glaube, Ihre Befürchtungen, Herr Cavadini, dass der Bundesrat einen Angriff auf die Lehr- und Forschungsfreiheit plant, sind unbegründet. Sie wissen es, dass es immer die Politik des Bundesrates und insbesondere auch diejenige meines Departementes war, der Lehre und Forschung den Raum einzuräumen, den sie braucht, um frei tätig zu sein.

Wenn Sie unsere Erklärung analysieren, mit welcher wir das Postulat – mit Einschränkungen – entgegengenommen haben, dann werden Sie folgendes feststellen: Die Postulatsbegründung enthält im ersten Teil des ersten Absatzes Belehrungen über Grundlagenforschung und angewandte Forschung, die noch keinen direkten Zusammenhang mit unseren Hochschulen haben. Der zweite Teil des ersten

Absatzes enthält Angriffe auf unsere Hochschulen. Man mutet ihnen insbesondere auch eine völlige Umstrukturierung zu. Davon hat sich der Bundesrat ausdrücklich distanziert.

Im letzten Absatz ist die Rede von Klärschlamm. Ich muss Ihnen sagen, dass es ein Problem darstellt, wie dieser Klärschlamm beseitigt werden kann.

Auch diesen letzten Absatz haben wir ja nur zur Prüfung entgegengenommen. Wir werden den Hochschulen selbstverständlich nicht hineinreden, wie sie solche Probleme behandeln sollen. Aber Sie dürfen sicher nicht vergessen, dass die Oberaufsicht über die Hochschulen und über den Schulrat dem Gesamtbundesrat doch noch zusteht und dass auch politische Wünsche an die Hochschulen herangebracht werden dürfen, insbesondere wenn es darum geht, Forschung zu pflegen, die auch unserer eigenen Verwaltung dient.

In diesem Sinne wollen Sie die Annahmeerklärung des Bundesrates verstehen!

Präsident: Sie haben zu entscheiden. Der Bundesrat ist bereit, mit diesem genannten Vorbehalt das Postulat entgegenzunehmen. Herr Cavadini beantragt Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung – Vote

Für die Überweisung des Postulates	47 Stimmen
Dagegen	50 Stimmen

84.078

Bundesarchiv. Zusatzkredit
Archives fédérales. Crédit additionnel

Botschaft und Beschlussentwurf vom 24. Oktober 1984 (BBI III, 909)
Message et projet d'arrêté du 24 octobre 1984 (FF III, 921)

Beschluss des Ständerates vom 20. März 1985
Décision du Conseil du 20 mars 1985

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Herr **Müller-Scharnachtal** unterbreitet im Namen der Bautengruppe den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 25. September 1980 bewilligte die Bundesversammlung einen Objektkredit von 30790000 Franken für ein Bauvorhaben für das Schweizerische Bundesarchiv, die Schweizerische Landesbibliothek, das Bundesamt für Umweltschutz und den Betriebsschutz. Die Arbeiten sind nunmehr abgeschlossen; die offizielle Einweihung der Räume kann im Frühjahr erfolgen.

Der beantragte Zusatzkredit ist teuerungsbedingt. Die eingetretene Teuerung gliedert sich in einen Teuerungsanteil vom Zeitpunkt der Aufstellung des Kostenvoranschlages bis zur Bestellung der Arbeiten, und in einen Teuerungsanteil während der Arbeitsführung. Die Entwicklung des Baukostenindex im massgebenden Zeitraum ist in der Botschaft des Bundesrates vom 24. Oktober 1984 erläutert worden. Infolge Nichtbeanspruchung eines grossen Teils der Reserve für «Unvorhergesehenes», verschiedener Vereinfachungen sowie einiger Arbeitsvergebungen zu günstigeren Bedingungen konnte der benötigte Zusatzkredit auf 2050000 Franken begrenzt werden.

Die Bautengruppe beantragt Ihnen einstimmig, dem Beschluss des Ständerates zu folgen, d.h. auf die Vorlage einzutreten und dem Ihnen unterbreiteten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Präsident: Die Bautengruppe beantragt Ihnen Zustimmung zum Beschlussentwurf.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	121 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

85.027

SBB. Geschäftsbericht und Rechnungen 1984
CFF. Gestion et comptes 1984

Botschaft und Beschlussentwurf vom 1. Mai 1985 (BBI I, 1534)
Message et projet d'arrêté du 1^{er} mai 1985 (FF I, 1516)

Bericht und Rechnungen der SBB vom 11. April 1985
Rapport et comptes des CFF du 11 avril 1985

Bezug bei der Generaldirektion SBB, Hochschulstrasse 6, Bern
S'obtiennent auprès de la Direction générale des CFF,
Hochschulstrasse 6, Berne

Aregger, Berichterstatter: Die SBB haben mit der Veröffentlichung von Geschäftsbericht und Rechnungen des Jahres 1984 ganz allgemein ein gutes Echo ausgelöst. Erfreulicherweise schliesst die Unternehmungs-Erfolgsrechnung um 127 Millionen Franken besser ab als im Vorjahr, und der resultierende Fehlbetrag ist gar um 133 Millionen Franken geringer als budgetiert.

Die Verkehrskommission hat an ihrer Sitzung vom 21. Mai im Bahnhof Olten mit Genugtuung von diesem Resultat Kenntnis genommen. Sie anerkennt den Jahresabschluss 1984 als Erfolgsausweis für die Unternehmensführung. Zugleich ist es ein Anliegen der Kommission, dem Personal aller Stufen den Dank für seinen grossen Einsatz und für sein Verständnis gegenüber Rationalisierungen und neuen Arbeitsmethoden abzustatten. Dank gebührt aber auch allen Bahnreisenden und allen Firmen, die der Bahn als Transportmittel für ihre Güter treu geblieben sind oder sie sogar wiedererdeckt haben.

218 Millionen Personen und 43,5 Millionen Tonnen Güter wurden 1984 von den SBB befördert. Beide Werte haben gegenüber dem Vorjahr ganz leicht zugenommen und haben bewirkt, dass die Verkehrserträge mit 2967 Millionen Franken ziemlich genau den Budgetwert erreichten. Diese ersten positiven Feststellungen dürfen aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit sein. Es ist nach wie vor

Postulat Müller-Bachs ETH. Umstrukturierung

Postulat Müller-Bachs EPF. Restructuration

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.374
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.06.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	902-904
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 428

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.